



HESSISCHER LANDTAG

22. 05. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend hessischer Wohnungsmarkt in Schieflage - Landesregierung muss zur aktiven Wohnungspolitik zurückkehren

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der hessische Wohnungsmarkt immer stärker in Schieflage gerät. In den ländlichen Regionen besonders Nord- und Mittelhessens stehen Häuser und Wohnungen leer. Gleichzeitig wird bezahlbarer Wohnraum im Rhein-Main-Gebiet zur Mangelware. Der letzte Wohnungsbericht der Landesregierung weist nach, dass der Anteil der hessischen Wohnungen mit Sozialbindung von 8,6 v.H. im Jahr 1990 auf nur noch 4,6 v.H. im Jahr 2009 zurückgegangen ist. In absoluten Zahlen sank die Zahl der Sozialwohnungen in diesem Zeitraum von über 200.000 auf nur noch rund 130.000. Schon heute steht fest, dass dieser Bestand weiter drastisch zurückgeht, denn bis 2025 laufen die Sozialbindungen bei fast 50.000 Wohnungen aus. Dem stehen - trotz eines Rückgangs in den Neunzigerjahren - über 40.000 Haushalte gegenüber, die eine Sozialwohnung suchen. Davon entfallen etwa drei Viertel auf den Regierungsbezirk Darmstadt.
2. Der Landtag missbilligt, dass die Landesregierung trotz des akuten Handlungsbedarfs kaum noch aktive Wohnungspolitik betreibt. Er kritisiert insbesondere, dass die Fehlbelegungsabgabe vor einem Jahr ersatzlos gestrichen wurde. Der Landtag stellt fest, dass damit ein wichtiges Instrument der Wohnungspolitik verloren ging. Die Abgabe hat in den Kommunen mit Wohnungsmangel sichergestellt, dass die Subventionierung von Sozialwohnungen ausschließlich bedürftigen Mieterinnen und Mietern zugute kommt. Im Erhebungszeitraum von drei Jahren standen den Kommunen durch die Abgabe rund 50 Mio. € für den Bau neuer Sozialwohnungen zur Verfügung.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung zwar noch soziale Wohnraumförderung unter Bezug auf das Wohnraumförderungsgesetz des Bundes betreibt, dabei aber dessen Gebot, Fehlförderungen zu vermeiden oder auszugleichen, seit Juli 2011 ignoriert. Er fordert die Landesregierung deshalb auf, den längst angekündigten Entwurf für ein hessisches Wohnraumförderungsgesetz umgehend vorzulegen.
4. Der Landtag kritisiert, dass der hessische Finanzminister im Dezember 2011 angekündigt hat, die Landesanteile an der Nassauischen Heimstätte verkaufen zu wollen, weil der Betrieb einer Wohnungsbaugesellschaft nicht zu den Kernaufgaben des Landes gehöre. Er stellt stattdessen fest, dass der Erhalt der Landesbeteiligung an der Nassauischen Heimstätte dringend erforderlich ist, damit sie als unverzichtbares Instrument der hessischen Wohnungspolitik und Entwicklungsplanung bewahrt und weiterentwickelt werden kann.
5. Der Landtag betont, dass der Ausgleich von Angebot und Nachfrage an Mietwohnungen wegen verschiedener Marktmängel - unter anderem begrenztes Bauland, lange Investitionsfristen und Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage - nicht dem freien Spiel der

Marktkräfte überlassen bleiben kann. Er fordert die Landesregierung deshalb auf, endlich wieder eine aktive Wohnungs- und Städtebaupolitik zu betreiben, die für bezahlbaren Wohnraum, gute soziale Infrastruktur und lebendige Quartiere sorgt. Hierzu gehört auch, vorurteilsfrei zu prüfen, wie Instrumente wie das Zweckentfremdungsverbot in Städten mit Wohnungsmangel zu einer Verbesserung der Wohnraumversorgung beitragen können. Ziel der Wohnungspolitik muss es sein, auch für Menschen mit niedrigerem Einkommen bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Energiewende erfordert es, dass die Sanierungsquote der Altbestände von rund 1 v.H. auf 3 v.H. pro Jahr angehoben wird. Gleichzeitig bringt es die demografische Entwicklung mit sich, dass auch der adäquate Zuschnitt der Wohnungen und deren barrierefreie Gestaltung immer weiter an Bedeutung gewinnen.

Wiesbaden, 22. Mai 2012

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir